



# „Schonungslose Aufklärung“ steht aus

**Fraktionsvorsitzender Bodo Ramelow: Chaostage bei Sicherheitsbehörden beenden!**

Nach Meldungen, dass im Thüringer Innenministerium erst jetzt umfangreiche Akten zu einer Sonderkommission „Rechte Gewalt“ (SoKo ReGe) aufgetaucht sind, die der Schäfer-Kommission vorgelegen hätten, aber in ihrem Abschlussbericht keinen Niederschlag fanden, hatte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Bodo Ramelow, am 27. Juli gefordert: „Jetzt muss die Schäfer-Kommission dringend für Klarheit sorgen, ansonsten verliert ihr Abschlussbericht seine Glaubwürdigkeit.“

Zudem sei es „schiefer unbegreiflich“, dass Monate ins Land gehen, bevor im Innenministerium die SoKo ReGe „aufgefunden wurde, obwohl das Ministerium doch selbst der Auftraggeber für ihre Einrichtung war“.

Es werfe „kein gutes Licht auf den Aufklärungswillen der Landesregierung, wenn mehr und mehr Puzzle-Steine des behördlichen Versagens und amtlicher Fehlentscheidungen fast ausnahmslos von engagierten Journalisten zusammengetragen werden.“

Wir haben es offenkundig mit einem Innenministerium zu tun, in dem sich erst niemand erinnern kann, wie, durch wen und unter welchen Umständen Behördenleiter oder Sonderkommissionen eingesetzt wurden“, sagte Bodo Ramelow. Diese „kalkulierten Erinnerungslücken“ erstreckten sich offenkundig auch auf die gesamte Amtsführung im Innenministerium. Er nenne

das „unselige Chaostage der Thüringer Sicherheitsbehörden“. Der LINKE-Spitzenpolitiker verlangte, dass „nun endlich die Ministerpräsidentin eingreifen muss. Die laute Empörung des Innenministers in Reaktion auf den neuerlichen Skandal soll wohl von seiner Verantwortung der unzureichenden Amtsführung ablenken“.

**Die Akten wurden „vorschriftsmäßig vernichtet“**

Wie der Thüringer Innenminister Jörg Geibert am 2. August erklärt hatte, seien die Akten der Sonderkommission „Rechte Gewalt“ in Thüringen vorschriftsgemäß vernichtet worden. Wie die Nachrichtenagentur dpa verbreitete, sagte er weiter, dass von den Akten aus den Jahren 2000 bis 2002 nur noch ein Bruchteil vorhanden sei. Nach den Vorschriften seien die Unterlagen, die nicht in Ermittlungsakten über potenzielle Straftäter oder auffällige Objekte eingefügt worden seien, entsprechend der gesetzlichen Fristen vernichtet worden.

Ob durch die Aktenvernichtung Informationen verloren gegangen sind, die aus heutiger Sicht bei der Aufklärung der Verbrechen der rechten Terrorzelle Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) wichtig sind, konnte der Thüringer Innenminister nicht ausschließen. Was noch vorhanden sei, würde den Untersuchungsausschüssen von Landtag und Bundestag zur Verfügung gestellt. „Wir stellen alles

zur Verfügung. Es gibt kein Geheimnis“, erklärte Geibert.

Inzwischen ist innerhalb der Thüringer CDU-SPD-Koalition ein heftiger Streit entbrannt. Der CDU-Innenpolitiker Wolfgang Fiedler hatte eine Sondersitzung des Justizausschusses gefordert, um zu klären, „ob das Justizministerium alle Akten vorgelegt hat“. Es sei unerklärlich, „wie Dutzende Ermittlungsverfahren in der Inkubationszeit des Rechtsterrorismus im Sande verlaufen konnten und die Polizei vielfach für den Papierkorb ermitteln hat“. Der Innenminister seinerseits wies die Kritik von SPD-Fraktionschef Uwe Höhn zurück, dass er sein Haus „nicht im Griff“ habe.

**„Ohne Rücksicht auf die Person“**

Zu den „vorschriftsgemäß vernichteten Dokumenten“ sagte Jörg Geibert, dass der „Leitende Oberstaatsanwalt in Gera“ dann zu dem Schluss gelangt sei, das vorliegende Material für ein Ermittlungsverfahren zur Bildung einer „Kriminellen Vereinigung“ nach Paragraph 129 reiche nicht aus. Daher sei die SoKo aufgelöst worden. Die Vorsitzende des NSU-Untersuchungsausschusses, Dorothea Marx (SPD), wies die Kritik Fiedlers am Justizministerium zurück. Es gehe „um eine Aufklärung ohne Rücksicht auf die Person, die Position und die Parteimitgliedschaft“. Sie schloss auch den früheren SPD-Innenminister Richard Dewes und dessen Staatssekretär nicht aus. ■

## AKTUELL

# Neue „Wasserabgabe“ zurückziehen

Trotz teilweise heftiger Kritik aus Wirtschaft und Opposition bleibt das Thüringer Umweltministerium bei den erst am 3. August bekannt gewordenen Plänen für eine Abgabe auf die Wasserentnahme. Grundsätzlich halte sein Haus an dem Vorhaben fest, sagte Staatssekretär Roland Richwien am 5. August. Gleichzeitig signalisierte er Gesprächsbereitschaft, was die Höhe der Abgabe angeht. Diese könne erst dann genau bestimmt werden, wenn der Gesetzentwurf durch die Anhörungsphase sei.

Unter anderem die LINKE und die Industrie- und Handelskammern in Thüringen hatten die Pläne scharf kritisiert. Der kommunalpolitische Sprecher der Linksfraktion, Frank

Kuschel, forderte die Landesregierung auf, den Gesetzentwurf zurückzuziehen. „Die in Thüringen zu zahlenden Wassergebühren sind bereits die höchsten im gesamten Bundesgebiet. Die Erhebung der Gebühr wird nur erneut die Bürger belasten, da die Zweckverbände diesen Betrag auf die Wasserabnehmer umlegen werden.“

Auch sei nicht erkennbar, warum die Landesregierung „außer zur Erhöhung der Einnahmen zur Konsolidierung des Haushaltes, diese Abgabe erheben will“. Das Land habe keinen Kostenanteil an der Wasserversorgung. Mit dem dualen System zwischen Fernwasserversorger und Zweckverbänden würden die Kosten der Wasserversorgung, also auch Investitionen und Bereitstellungen, bereits durch die Wasserge-

bühren abgegolten. Nicht schlüssig sei auch die als Begründung angeführte Steuerung des Verbraucherverhaltens.

Frank Kuschel: „Die Bürger sparen bereits ausreichend Wasser, so dass ein Trinkwasserüberschuss besteht. Eine weitere Preissteigerung würde nur dazu führen, dass die Anlagen nicht ausgelastet werden und weitere Preissteigerungen zur Kostendeckung auf die Bürger zukommen. Dieser Teufelskreis sollte gar nicht erst begonnen werden. Zudem erwirtschaften jetzt schon einige Zweckverbände Gewinne. Anstatt diese an die Mitgliedsgemeinden auszuschütten, sollten sie verwendet werden, um die Wassergebühren zu senken. Die Landesregierung täte gut daran, den Gesetzentwurf nicht ins Parlament einzubringen.“ ■

## KOMMENTIERT:

von Margit Jung

### Zwei Jahre Kita-Gesetz

*Der Ländermonitor der Bertelsmann-Stiftung geht davon aus, dass ab 2013 in den alten Bundesländern 15.000 zusätzliche Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen gebraucht werden.*

*Wenn der Krippen- und Kita-Ausbau nicht dazu führen soll, dass immer mehr Erzieherinnen aus Thüringen abwandern, muss das Gehaltsniveau verbessert werden. Warum sollten junge, ungebundene Frauen hier bleiben, wenn sie für die gleiche Arbeit in Bayern oder Baden-Württemberg 300 Euro mehr bekommen können?*

*Zwei Jahre nach Inkrafttreten des neuen Kita-Gesetzes kann festgestellt werden, dass sich die Situation in den Thüringer Kitas deutlich verbessert hat, auch wenn Thüringen nach wie vor beim Personalschlüssel lediglich Durchschnitt ist. Es hat sich doch gelohnt, dass das Volksbegehren für eine bessere Familienpolitik fünf Jahre um dieses Gesetz gekämpft hat.*

*Um nicht wortbrüchig zu werden, ist der SPD gar nichts anderes übrig geblieben, als in der Regierung den gemeinsamen Entwurf durchzusetzen.*

*Es verwundert mich allerdings etwas, dass Kultusminister Christoph Matschie seine Mitstreiter und Weggefährten in den öffentlichen Verlautbarungen links liegen lässt und nur noch von einem SPD-Gesetz redet. Das ist ganz einfach schlechter Stil.*

*Zudem sind auch noch lange nicht alle Aufgaben erfüllt. Nach wie vor werden die meisten Kinder mit Behinderungen in integrative Einrichtungen geschickt und können nicht in ihrer Ortsgemeinde die Regel-Kita besuchen. Das ist besonders dann Unsinn, wenn sie anschließend in ihre Ortsgrundschule gehen. Grundsätzlich ist auch beim Übergang von der Kita zur Schule noch viel zu tun. Durch die unterschiedlichen Bildungsansätze und Zuständigkeiten im Kultusministerium läuft hier noch vieles nicht rund.*

*Darüber hinaus wird DIE LINKE auch weiter für eine stabile Ausfinanzierung des Gesetzes streiten. Erst dann, wenn die Mittel zweckgebunden zugewiesen werden, können wir davon ausgehen, dass auch das ganze Geld bei den Kitas vor Ort ankommt.*

*Durch Appelle an Landkreise und Kommunen kann eine zweckentfremdete Mittelverwendung nicht gelöst werden.* ■

## KURZ UND PRÄGNANT

### Urteil zum Wahlrecht

Mit Blick auf das aktuelle Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Bundestagswahlrecht forderte Bodo Ramelow, „dass Bedeutung und Konsequenzen im Thüringer Landtag und auch für das Thüringer Wahlrecht dringend debattiert und analysiert werden müssen. Die Linksfraktion wird daher entsprechende Vorschläge zu notwendigen Maßnahmen in den Landtag bringen“.

Der Fraktionsvorsitzende nannte es beschämend, dass bei einer so langen Frist nach dem ersten Wahlurteil des Bundesverfassungsgerichts der Bundesgesetzgeber es immer noch nicht geschafft hat, ein verfassungsgemäßes Wahlrecht für den Bundestag in Kraft zu setzen. „Es ist gut, dass das Gericht die Prinzipien des Verhältniswahlrechts gestärkt hat, denn damit wird das gleiche Gewicht der Stimmen aller Wähler abgesichert und die politische Meinungsvielfalt in der Gesellschaft findet damit ungehinderter als bisher Eingang ins Parlament.“

Nun müsse sowohl im Bund als auch in den Ländern alles getan werden, um eine ordnungsgemäße und termingerechte Bundestagswahl im Jahr 2013 sicherzustellen. „Auch wenn bis 2014 in Thüringen noch etwas mehr Zeit ist, dürfen wir mit Blick auf den dann anstehenden Wahltermin auch die notwendigen Diskussionen und Maßnahmen in Thüringen nicht schleifen lassen“, warnte Bodo Ramelow. ■

### Menschenwürdig leben

„Ein Leben in den eigenen vier Wänden mit der Möglichkeit, selbst zu entscheiden, wann geduscht, gekocht oder die Wäsche gewaschen wird, ist nicht nur für Familien mit Kindern ‚wünschenswert‘, wie es die Thüringer Ausländerbeauftragte ausdrückt. Das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben haben alle Menschen“, betonte die migrations- und integrationspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Sabine Berninger, die Forderung nach Abschaffung der so genannten Gemeinschaftsunterkünfte.

Im bundesweiten Vergleich teilte sich Thüringen in den letzten Jahren mit Brandenburg, Bayern und Sachsen die Plätze am Ende der Skala mit der höchsten Zahl an Unterbringung von Flüchtlingen in Flüchtlingslagern. Dass aber die Unterbringung in Wohnungen möglich ist, beweisen Städte und Landkreise wie Erfurt mit 76 Prozent in Wohnungen untergebrachten Flüchtlingen oder der Saale-Orla-Kreis (66 Prozent). In Eisenach, Sömmerda und Suhl gibt es keine Gemeinschaftsunterkunft mehr. ■

# Alternative 54 e.V. seit 17 Jahren erfolgreich

Seit 1995 wurden durch die Abgeordneten der Linksfraktion 804.535 Euro ausgereicht

**Als die Alternative 54 Erfurt e.V. 1995 aus der Taufe gehoben wurde, sagte das seinerzeitige Gründungsmitglied Dr. Ursula Fischer, die Gründung dieses Vereins sei „eine Reaktion auf die Anhebung der Grundentschädigung der Abgeordneten um 42 Prozent und die gesetzliche Regelung einer automatischen Anhebung der Diäten, wie dies Artikel 54 der Verfassung des Freistaats Thüringen vorsieht“.**

Zumindest die Landtagsabgeordneten der LINKEN (damals PDS) wollten – und praktizieren dies immer noch – ein Zeichen setzen. Durch die Mitgliedschaft in der Alternative 54 Erfurt e.V. soll für jeden Bürger sichtbar die Selbstbedienungsmentalität der regierungstragenden Parteien im Landtag konterkariert werden und den Steuerzahlern ein Teil der Diäten zurückgegeben werden. Und zwar in Form von Projektförderung für gemeinnützige bzw. mildtätige Organisationen und Verbände, die keine oder nur geringe staatliche Förderung erhalten.

Seit 1995 bis zum 31. Juli 2012 haben die im Verein organisierten Mitglieder unserer Landtagsfraktion so die stattliche Summe von 804.535 Euro an insgesamt 2.191 Zuwendungsempfänger ausreichen können. Entsprechend unserer Satzung liegen die Schwerpunkte insbesondere in den Bereichen Jugendbildung und -erziehung, der sozialen Fürsorge, von Kultur und Sport sowie Umwelt- und Naturschutz.

Exemplarisch für die Zuwendungspraxis des Vereins ist, dass die Spenden das gesamte Spektrum der Gesellschaft widerspiegeln. So wurde mit Spende Nr. 1 die lebensrettende Operation eines russischen Kindes unterstützt. Die Nr. 306 ging an die Gehörlosenschule Erfurt/Gotha und ermöglichte eine Ferienfreizeit. Der Radsportclub Waltershausen freute sich als 564. Zuwendungsempfänger über Mittel für die Durchführung der „Kleinen Friedensfahrt“. Unter der Nr. 789 wurde die Stiftung Rehabilitationszentrum Thüringer Wald mit einer Zuwendung für die Teilnahme behinderter Sportler an den Special Olympics bedacht. Die Zuwendungs-Nr. 1.038 beinhaltete eine Spende an die Offene Arbeit des Evangelischen Kirchenkreises Erfurt für das Projekt „Ausländerrechtsberatung“.

Der Verband Bildender Künstler Thüringen erhielt die 1.155. Zuwendung für sein Buchprojekt „Die Flucht des Sysiphus“. Das CJD Erfurt konnte die 1.342. Zuwendung für die Gestaltung des Sportplatzes der Christopherus-Schule in Empfang nehmen. Die Thomas-Müntzer-Gesellschaft Mühlhausen erhielt die 1.575. Zuwendung für das Projekt „Zwölfteiliger Zyklus über Leben und Wirken Thomas Müntzers“.

Das Förderzentrum Bruchstedt der THEPRA freute sich als 1.697 Empfänger über die Spende zur Anschaffung eines Klang-Vibrationsbettes für schwerstgeschädigte Kinder. Die 1.916. Zuwendung ging an die ISWI nach Ilmenau und förderte das Projekt „International Student Week in Ilmenau 2011“. Die Stiftung Dr. Georg Haar in Weimar erhielt Geld für das Wohnprojekt „Villa Matratze“. Hier werden wohnungslose Kinder und Jugendliche sowie junge Menschen in Konfliktsituationen betreut.

Jede Zuwendung, die von der Alternative 54 Erfurt e.V. ausgereicht wird, fließt in ein sinnvolles und konkret den Menschen dienendes Vorhaben. Der erste Vorsitzende des Vereins, Günter Harrer, bezeichnete dies als Spezialisierung der Abgeordnetenbezüge.

Aber selbstverständlich ist es nicht nur das Geben von Geld; die durch die Alternative 54 geknüpften Kontakte dauern an und entwickeln eine positive Eigendynamik. Auch die „gebenden“ Parlamentarier haben so vielfältige Einblicke in sonst nur schwer zugängliche Bereiche und schöpfen Informationen für ihre Arbeit. Anerkennen wir gemeinsam, dass wir das vor 17 Jahren

begonnene Projekt „Alternative 54 Erfurt e.V.“ immer wieder mit Leben erfüllt und als Zukunftsvorhaben begriffen haben.

Dienstältestes Mitglied des Vereins ist Dr. Birgit Klauert. Sie gehörte im März 1995 zu den Gründungsmitgliedern und hat diesen seit 17 Jahren aktiv mitgetragen; allein ihr persönliches finanzielles Engagement übersteigt den Wert eines Mittelklassewagens. Dass jeder Euro als Einnahme und Ausgabe exakt dokumentiert und abgerechnet wird, haben wir Maria Funke zu verdanken, die als ehrenamtliche Geschäftsführerin von Anbeginn der Alternative 54 e.V. die Treue hält. Als Vorsitzende des Vereins möchte ich mich zum 17jährigen Bestehen besonders bei Maria Funke bedanken und natürlich auch bei allen Mitgliedern und Spendern.

Der Wert jedes durch die Alternative 54 Erfurt e.V. ausgereichten Euros hat Mehrwert getragen und den BürgerInnen Thüringens unseren politischen Grundansatz nahegebracht: Parlamentarier als Dienstleister der Gestaltung eines solidarischen Gemeinwesens.

MdL Heidrun Sedlacik ■

## Kart-Zeitnahme statt Diätenerhöhung

*Den Kindern und Jugendlichen der Kartgruppe des Motorsportclubs Pöbneck e.V. im DMV überbrachte Heidrun Sedlacik einen Scheck in Höhe von 400 Euro zur Anschaffung eines Zeitnahmesystems. Das Geld stammt aus den Mitteln des Vereins „Alternative 54 Erfurt e.V.“, dessen Vorsitzende Heidrun Sedlacik ist.*

*Seit 1992 wird die Jugendförderung im MSC Pöbneck großgeschrieben und junge Motorsportler vertreten den Verein und die Region bei Landes- sowie Deutschen Meisterschaften. Um die Rundenzeiten im Jugend-Kartsport bestimmen zu können, benötigt man eine professionelle und automatische Zeitnahme*

*mit Start- und Ziel-Lichtschranken sowie einem manipulationssicheren Protokolldrucker. Für die Austragung von Kart-Meisterschaften, auf der heimischen Kart-Strecke „Am Sandberg“ in Pöbneck, wird solch eine Zeitnahme vorgeschrieben. Ohne diese ist ein fairer Wettkampf nicht möglich.*

*Der Gesamt-Kaufpreis des Zeitnahmesystems kostet den gemeinnützigen Motorsportclub sage und schreibe knapp 5.000 Euro. Mit diesem Anliegen wandte sich Alexander Kuppe, Geschäftsführer des MSC Pöbneck e.V., vor wenigen Wochen nach Erfurt. Und*

*die Antwort kam prompt. „Um unsere Jugend auch weiterhin besser fördern zu können, um auch in den Trainingseinheiten sowie den Ferienprojekten eine optimale Vorbereitung auf Meisterschaftswettkämpfe zu ermöglichen und auch weiterhin in der Lage zu sein, eige-*



*ne Meisterschaften austragen zu können, freuen wir uns sehr über die engagierte Unterstützung des Vereins Alternative 54.“, so der Vereinsvorsitzende Marcus Thalmann. Heidrun Sedlacik hingegen war von der Vielzahl der angebotenen Motorsportarten des aktiven Vereins beeindruckt und versprach den Sportlern in die Hand, zwar zum ersten, aber ganz bestimmt nicht zum letzten Mal Motorsportluft beim MSC Pöbneck geschnuppert zu haben.*

Jenny Gäbler, Pressesprecherin Thüringen Rallye ■

# Die Rasseliste erreicht nicht den Zweck

Linksfraktion legt Gesetzentwurf zur Änderung des „Kampfhundegesetzes“ vor

Nachdem jetzt Anfang August die Landtagsfraktion DIE LINKE einen Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung vor Tiergefahren in den parlamentarischen Gang eingereicht hat, erklärte die Abgeordnete Sabine Berninger, Mitglied des Innenausschusses, dass die Linksfraktion das umstrittene Gesetz mit seiner ebenso umstrittenen, aus Sicht (nicht nur) der LINKEN sachgemäßen, Rasseliste als gefährlich eingestuft Hunderassen im Landtag erneut thematisiert.

Sabine Berninger, die am 5. August den Tag der offenen Tür der Eichsfelder Hundeschule in Heiligenstadt besuchte und dort in der Jury bei der Suche nach dem schönsten Hund mitwirkte, verwies darauf, dass sie die Trainer der Eichsfelder Hundeschule bei der parlamentarischen Debatte zum so genannten Kampfhundegesetz kennen- und als Experten schätzen gelernt hatte.

„Einen Beleg für die Wirksamkeit des Thüringer Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung vor Tiergefahren sind sowohl die Landesregierung als auch die Koalitionsfraktionen bisher schuldig geblieben. Im Gegenteil: Die aktuell vorliegende Beißstatistik für das Jahr 2011 untermauert die im Anhörungsverfahren zum so genannten Kampfhundegesetz von den befragten Experten übereinstimmend gemachte Aussage, dass eine Rasseliste sachlich nicht begründet und wissenschaftlich nicht haltbar ist und die Gefährlichkeit eines Hundes allein an seinem Verhalten festgemacht werden kann“, erklärte Sabine Berninger.

Eine Rasseliste erreiche nicht den in Paragraf 1 des Gesetzes angegebenen Zweck, „Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung vorzubeugen und abzuwehren, die mit dem Halten und Führen von gefährlichen und ande-

ren Tieren verbunden sind“. „Ein Gesetz aber lediglich um des Gesetzes oder Aktionismus‘ willen oder zur bloßen Vortäuschung von Sicherheit ist der Legislative unwürdig“, unterstrich die justizpolitische Sprecherin der Linksfraktion.

Daher will DIE LINKE den vom Landtag am 22. Juni 2011 durch das mehrheitlich beschlossene Thüringer Gesetz zum Schutz der Bevölkerung vor Tiergefahren eingeschlagenen Weg korrigieren und beantragt eine Änderung des Gesetzes. „Im Kern wollen wir die Gefährlichkeitsvermutung am Verhalten der Tiere festmachen und die Widerlegbarkeit dieser Gefährlichkeitsvermutung (wie sie die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bereits im Gesetzgebungsverfahren mittels eines Änderungsantrages eingefordert hatte) ein-

führen und die Unfruchtbarmachung nach § 11 Absatz 4 des derzeit geltenden Gesetzes streichen“, so die Abgeordnete. Ein weiterer wichtiger Punkt sei für DIE LINKE die Abschaffung der Kastrationspflicht.

Die Unfruchtbarmachung von Tieren widerspricht dem in Paragraf 1 Satz 2 Tierschutzgesetz geregelten Grundsatz, „niemand darf einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen“.

Auf Anregung einiger bereits im Anhörungsverfahren beteiligter Experten hatte Sabine Berninger während der letzten Wochen versucht, die anderen Landtagsfraktionen mit diesem auch fachlich begründeten Kompromissvorschlag zu einem gemeinsamen Gesetzentwurf zu bewegen - „leider erfolglos“.



Sabine Berninger mit Thomas Schneider (Wahlkreismitarbeiter) sowie ihren Abgeordnetenkollegen Matthias Bärwolf und Susanne Hennig und ihren vierbeinigen Feinden (v. links) im vergangenen Jahr auf der Wiese hinter dem Landtagsgebäude. Die LINKE hatte mit der Aktion auf den Ansatz der Fraktion hingewiesen: Gefährdungen anderer Menschen gehen nicht primär von Hunden aus, sondern von unverantwortlich handelnden Hundebesitzern. „Das Problem ist immer am anderen Ende der Leine“, brachte die Abgeordnete Sabine Berninger die Position auf den Punkt.  
Foto: Archiv der Linksfraktion

## Gleichstellungsgesetz

Nachdem die Landesregierung noch immer keine Novellierung des Thüringer Gleichstellungsgesetzes für Frauen und Männer vorgelegt hat, erklärte MdL Karola Stange: „Mich würde es nicht wundern, wenn sich das eine oder andere männergeführte Ministerium gegen die im Koalitionsvertrag vereinbarten verbindlichen und sanktionsbewährten Regelungen ausgesprochen hat.“ Sie weist auch auf die Stellenbesetzungen der Referats- und Abteilungsleitungen. „Wenn die Landesregierung Schwierigkeiten beim Erstellen des Gesetzentwurfes hat, kann sie sich gerne bei unserer Vorlage bedienen. DIE LINKE hat bereits im Januar einen eigenen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht.“

## Polizeiautos

„Dass die Polizei alte Funkstreifenwagen regelmäßig durch neue ersetzen muss, ist vernünftig, dass die Landesregierung dies aber spontan und am Landeshaushalt vorbei tut, zeugt weder von haushaltspolitischer Weitsicht noch von demokratischen Spielregeln“, so MdL Ralf Kalich zum Kauf von 91 neuen Polizeiautos im Rahmen einer so genannten überplanmäßigen Ausgabe.

Für den Haushaltspolitiker der Linksfraktion hat es „ein gewisses Geschmäcke“, wenn die Thüringer Landesregierung offenbar dringend notwendige Beschaffungsmaßnahmen dem Landtag bei der Haushaltsaufstellung verschweigere und wenige Monate später dann aber „überplanmäßig“ durchführe.

## Ökologisches Jahr

Nachdem sich die Thüringer Träger des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) Hilfe suchend an alle Landtagsfraktionen gewandt hatten, reichte MdL Tilo Kummer umgehend eine Kleine Anfrage dazu an die Landesregierung ein: „Die Landesregierung ist zwar verpflichtet, innerhalb von sechs Wochen zu antworten, ob ihre Antwort aber den Trägern noch hilft, bleibt abzuwarten.“

Der LINKE Umweltpolitiker, dem das plötzliche Feststellen der finanziellen Engpässe verwundert, forderte die Landesregierung zu raschem Handeln auf. „Wenn es nicht anders geht, sollte sie auch über Stellen im eigenen Wirkungsfeld, zum Beispiel im Forstbereich, nachdenken“, so Kummer abschließend.

## VON A BIS Z:

### Mietrechtsreform

Die Thüringer Landesregierung soll sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die geplante Mietrechtsreform gestoppt wird, forderte die wohnungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Heidrun Sedlacik. „Die geplanten Änderungen benachteiligen einseitig Mieterinnen und Mieter, auch die Länderkammer hält den Gesetzentwurf von Schwarz-Gelb für sozial unausgewogen und lehnt ihn ab.“ Die Abgeordnete appellierte an die Mietervereine des Landes, nicht locker zu lassen, die Mieter aufzuklären und Protest gegen die Pläne der Bundesregierung zu organisieren. „Selbstverständlich sind energetische Sanierungen von Wohnungen erforderlich. Aber es ist nicht zu akzeptieren, dass künftig Bauarbeiten mit Dreck, Lärm und Dunkelheit zu ertragen sind, aber eine Mietminderung in den ersten drei Monaten nicht geltend gemacht werden kann.“

Mieter könnten sich künftig nicht gegen eine Modernisierung wehren, selbst wenn sie danach ausziehen müssten, weil sie die Mieterhöhung nicht tragen könnten. „In Zeiten, wo bezahlbarer Wohnraum immer knapper wird, ist dies ein falsches Signal. Der Interessenausgleich zwischen Vermieter- und Mieterseite wird zuungunsten der schwächeren Seite, der Mieter, ausgehebelt. Die Landesregierung ist, auch wegen der von der Koalitionspartei SPD auf Bundesebene vertretenen Ansicht, aufgefordert, ihren Einfluss auf einen Stopp der Mietrechtsreform geltend zu machen.“

## WICHTIGE TERMINE

### Landtagssitzungen:

Nach der parlamentarischen Sommerpause tritt der Landtag planmäßig wieder vom 19. bis 21. September in Erfurt zusammen.

### Wohnungspolitische Tagung:

Am 15. September findet bereits die 5. Wohnungspolitische Jahrestagung der Landtagsfraktion der LINKEN in Zusammenarbeit mit dem KOPOFOR statt. Nach den Schwerpunkten soziales Wohnen (2010) in Jena und Wohnen im Alter (2011) in Gera geht es 2012 in Sömmerda um das Thema energetische Sanierung und bezahlbares Wohnen.

Weitere Informationen zur Arbeit der Linksfraktion im Thüringer Landtag: [www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de).

## DAS THEMA

# Erkundungen auf Thüringer KulturTOUR

**Dr. Birgit Klaubert: Damit die Kultur nicht weiter aufs Abstellgleis geschoben wird**

Endlich „klare Aussagen der Landesregierung zu Kulturbegriff und förderfähigen Strukturen der Thüringer Kulturszene“, hat Dr. Birgit Klaubert, kulturpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Thüringer Landtag, Ende Juli nach ihrer einwöchigen KulturTOUR durch Süd- und Westthüringen und vielen Gesprächen mit Akteuren der Hoch- und Breitenkultur gefordert.

Dies sei besonders auch vor dem Hintergrund der anstehenden Haushaltsverhandlungen im Landtag unerlässlich. Birgit Klaubert bekräftigte damit erneut die Notwendigkeit des noch immer fehlenden Kulturkonzeptes, welches Minister Christoph Matschie seit über einem Jahr ankündigt.

ner ganzheitlich zukunftsfähigen Thüringer Kulturszene wird es immer wieder Schwelbrände geben, die nur punktuell gelöscht werden können“, ist sich Birgit Klaubert sicher.

Mit Sorge beobachtet sie, „wie der Kulturkannibalismus in Thüringen weiter um sich greift und sich das Konkurrenzempfinden innerhalb der Kulturlandschaft ausbreitet“. So habe es während ihrer Rundreise zum Thema „Kulturfinanzierung und kulturelle Teilhabe im ländlichen Raum“ auch immer wieder Aussagen gegeben, dass die

sem Grund hatte Birgit Klaubert bereits vor ihrer KulturTOUR eine Kleine Anfrage zum Stand des Kulturkonzeptes eingereicht. Mit der Antwort wird im September gerechnet. „Ich hoffe allerdings, dass spätestens nach Ende der Parlamentsferien Anfang September das Kulturkonzept endlich vorliegt, damit die Haushaltsberatungen des Kulturretats auch auf fundierter Basis stattfinden können. Mittlerweile habe ich aber so meine Zweifel und befürchte, dass die Kultur Thüringens weiter aufs Abstellgleis geschoben wird.“

der Landesregierung eines der Hauptprobleme ist. Dabei geht es nicht um ein mehr oder weniger dickes Papier, sondern um eine Vereinbarung über den Begriff ‚Öffentlicher Kulturauftrag‘. Hätten wir vor allem im Hinblick auf die nächsten Haushaltsberatungen eine klare Positionierung, was für die Landesregierung Kultur überhaupt bedeutet und welche Teilbereiche sie in welcher Form für förderwürdig hält, würde dies zwar nicht alle Probleme lösen, aber es wäre ein Anfang und könnte auch als Richtlinie für alle Landkreise



In den vergangenen Wochen und Monaten habe es allerdings immer wieder divergierende Aussagen von Minister Matschie und Staatssekretär Prof. Deufel über den Zeitpunkt der Veröffentlichung des Konzeptes gegeben.

Dieser Umstand erschwere vor allem die Arbeit der Kulturschaffenden und schüre Verunsicherung, da sich die Akteure in einem luftleeren Raum befänden, moniert die Altenburger Abgeordnete. „Ohne klare Rahmenbedingungen und verlässliche Richtlinien zu ei-

Verteilung der Landesmittel für Kulturinstitutionen intransparent und ungerecht sei. Vor allem die Vertreter der Soziokultur klagen über die „geringe Planungssicherheit und den hohen bürokratischen Aufwand, um eine Förderung zu erhalten“. Demnach sei es auch dringend erforderlich, dass sich Thüringen verständigt, was man unter öffentlicher Kulturförderung verstehe. Auf diese und andere nicht geklärte Fragen erhofft sich die Linksfraktion Antworten und Visionen im Kulturkonzept der Landesregierung. Aus die-

**Aus dem Webtagebuch von Birgit Klaubert zur KulturTOUR am 25. Juli in Bad Salzungen:**

„Silke Neuber, Kreistagsmitglied für DIE LINKE im Wartburgkreis und engagierte Verfechterin der Kunst- und Kulturszene im ganzen Landkreis, traf sich mit uns, um über Defizite und Zukunftsvisionen in der Kulturförderung zu sprechen. Ich konnte viel über das Kulturverständnis im Wartburgkreis erfahren und mit dem Altenburger Land vergleichen. Wir stellten gemeinsam fest, dass das fehlende Kulturkonzept

dienen. Bis dahin scheint es noch ein langer Weg, aber Silke Neuber hat Ideen angestoßen, die ich mir nach dieser KulturTOUR näher ansehen werde. Sie berichtete von Landkreisen in anderen Bundesländern, die ein Gutachten über die Kulturszene ihrer Region in Zusammenarbeit mit den Akteuren vor Ort erstellen ließen. Daraus wurde dann die Förderrichtlinie erstellt, die den Erwartungen sowohl der Politik als auch der Kulturschaffenden Rechnung trägt.“

Fotos: Katinka Mitteldorf

## In Zella-Mehlis: Die Bibliothek als Bildungs- und Kultureinrichtung



Die KulturTOUR von Birgit Klaubert machte am ersten Tag Station in der Stadt- und Kreisbibliothek Zella-Mehlis – hier im Foto mit der stellvertretenden Leiterin Andrea Schneider sowie mit dem Bürgermeister von Zella-Mehlis, Richard Rossel (r.), und dem Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Zella-Mehliser Stadtrat, Lutz Köhler.

Am nächsten Tag ging es weiter nach Meiningen u.a. mit Besuch der städtischen Galerie ada, einem Treffen mit dem Kunstverein NEKST e.V. sowie einem Gespräch zur Zukunft der Thüringer Theater- und Orchesterlandschaft mit dem Intendanten des Meiningener Theaters (Südthüringisches Staatstheater) Ansgar Haag.

**Montag, 23. Juli. Nachdem die Kulturtour der Landtagsabgeordneten der LINKEN, Birgit Klaubert, morgens um 10 Uhr beim Suhler Verein Provinzkultur (siehe oberes Foto S.9) begonnen hatte, ging es um 14 Uhr nach Zella-Mehlis in die Stadt- und Kreisbibliothek im Rathaus.**

Gemeinsam mit dem Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Zella-Mehliser Stadtrat Lutz Köhler und dem Bürgermeister Richard Rossel (FWG) startete eine kleine Rundtour durch die Einrichtung. Die Bibliothek hat im letzten Jahr den Bibliothekspreis für ihre Leseförderung erhalten und Andrea Schneider, die stellvertretende Leiterin, hat uns mit viel Herzblut und Engagement auch dieses Konzept erklärt.

Die Bibliothek bietet einen schönen Anlaufpunkt für alle Generationen und Kulturen. Vor fast drei Jahren hat sich diese tolle Bildungseinrichtung sogar noch vergrößert und „bewohnt“ nun zwei Etagen. Der einst gastwirtschaft-

lich genutzte Ratskeller mit wunderschön verzierten Fenstern und viel Platz für Veranstaltungen und einem Lesecafé hat es mir besonders angefallen. Hier haben wir uns auch niedergelassen und in schöner Runde darüber diskutiert, ob eine Bibliothek nun eine Bildungs- oder eine Kultureinrichtung ist. Ich finde, sie ist beides – ganz klar. Als solches sollte auch eine Bibliothek gefördert und unterstützt werden. Wie ich hörte, ist der Stadtrat in Zella-Mehlis dabei sehr aktiv, und auch die Unterstützung aus dem Landkreis ist durchaus als positiv zu bewerten.

So ist die Zella-Mehliser Bibliothek als eine von nur zehn Thüringer Bibliotheken auch im Thüringer Bibliotheksnetz vertreten, was für die meisten Einrichtungen einfach zu teuer ist. Das ist sehr schade und ich überlege, ob man dieses Thema auch auf politischer Ebene aufmachen sollte. **Aus Webtagebuch unter [http://www.die-linkethl.de/themen/themen\\_a\\_z/i\\_o/kulturtour/](http://www.die-linkethl.de/themen/themen_a_z/i_o/kulturtour/)**



Erste Station der KulturTOUR war am 23. Juli Suhl: Die Landtagsabgeordneten Birgit Klaubert und Ina Leukefeld beim Verein Provinzkultur mit dem Projektleiter Hendrik Neukirchner und Projektmanagerin Tina Hess.

Das Projekt „Provinzschrei“ des Vereins findet im September bereits zum 12. Mal statt. [www.provinzschrei.de](http://www.provinzschrei.de)



## Online und offline

### Interessante Begegnungen zum Abschluss der KulturTOUR in Eisenach u.a. mit einem Facebook- und Theaterfreund

Zum Abschluss der KulturTour ging es am 26. und 27. Juli nach Eisenach. Hier gab es u.a. ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Kulturbeirates, Hartmut Sommer. Dazu heißt es im Onlinetagebuch von Birgit Klaubert:

Obwohl der Beirat durch den Stadtrat gewählt ist, war sein Einfluss auf die städtische Politik bisher eher begrenzt. Das muss unbedingt geändert werden. Und wie konnte es anders sein, zum zentralen Thema dieser Gesprächsrunde wird auch wieder die Theaterfinanzierung. Nach den Protesten während der Wahlkämpfe scheint

Ruhe eingekehrt zu sein, die trügerisch ist. Ich bat den Kulturbeiratsvorsitzenden, in seinem Gremium zu einer Verständigung darüber zu kommen, welches Theater in Eisenach wünschenswert und/oder erforderlich ist. Er will es der Oberbürgermeisterin Katja Wolf persönlich vorlegen. Auch unser Wunsch, sich in die weiteren Debatten um ein Landeskulturkonzept einzumischen, stieß auf Zustimmung.

(...)Auf dem Theaterplatz, erlebe ich, was der Grundstein der Proteste um den Erhalt des Landestheaters Eisenach war: Bürgerschaftliches Engagement und Verantwortungsbewusstsein. Durch das Generieren von Spenden wird der Theaterplatz noch hoffentlich vor Beginn der neuen Spielzeit fertig gestellt sein. Ich sehe die angelegten Wege und zähle die bereits „erwirtschafteten“ Steine. Irgendwann gebe ich das Zählen auf - es sind schon sehr viele. So ein Engagement macht auch mir als Politikerin immer wieder Mut, denn schließlich hilft der Druck der Bürger, Veränderungen in der Politik zu erwirken. Wie ich hörte, war Katja Wolf gerade einen Tag vor mir auf diesem Platz und hat den Ehrenamtli-

chen gedankt und ihre Arbeit gewürdigt. Gut so! Am nächsten Morgen haben wir uns mit Seth Taylor verabredet, einem Musiker der Landeskapelle Eisenach, mit dem Katinka (Mitarbeiterin der Landtagsfraktion) und ich bisher nur über Facebook befreundet waren. Durch die Proteste um den Erhalt des Theaters waren wir auf ihn aufmerksam geworden, da er sich online wie offline sehr engagiert. Ein schöner Abschluss dieser KulturTOUR.

Seth Taylor hat praktische Ideen und Lösungsansätze. Der Wunsch, dass der im Wahlkampf oft beschworene Runde Tisch zum Landestheater Eisenach tatsächlich ins Leben gerufen wird, muss meiner Meinung nach endlich erfüllt werden. Der Kampf ums Theater muss weiter gehen, man kann eben nicht aufatmen und warten, bis es dann wieder zu akuten Problemen kommt. Die Symptome müssen bekämpft werden und dazu gehören sowohl der Runde Tisch, der Lösungsansätze und eventuelle Strukturausrichtungen diskutiert und in die Wege leitet, als auch ein tragfähiges Kulturkonzept der Stadt Eisenach... Und des Landes!

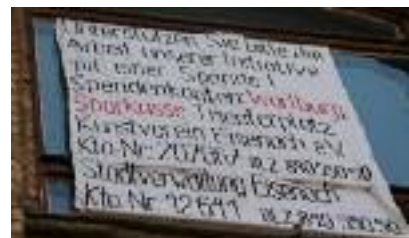


Foto oben: Im Lutherhaus in Eisenach (siehe untenstehenden Artikel). Foto unten: In Bad Salzungen entdeckt.



## Am Lutherhaus angeklopft

„Als außerordentlich aufschlussreich gestaltete sich das Gespräch mit der Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Eisenacher Stadtrat Karin May. Wir baten sie daher, mit uns einen Stadtrundgang an politischen Baustellen der Kultur entlang zu machen. Gemeinsam mit Maik Nothnagel begaben wir uns auf den Weg durch Eisenach.“

Das Anklopfen am Lutherhaus erwies sich als gute Gelegenheit, einmal das nunmehr älteste Fachwerkhaus Deutschlands näher zu betrachten und etwas über die Ausstellungskonzeptionen auch im Hinblick auf die Lutherdekade zu erfahren. Mithilfe von Zuweisungen des Landes wird gerade eine Ausstellung erarbeitet, die auch das Wirken von Luther aus bildungspolitischer Sicht beleuchten soll. Die Aussage, dass die Ausstellung barrierefrei aufgebaut werden soll, also auch Brailleschrift und Hörstationen Teil der

Konzeption sein werden, erfreute uns alle. Die weiteren Teile der Stadt, die uns Karin May dann zeigte und fachkundig erläuterte, zeugen von den ungeheuren Potenzialen der Stadt, die aber meist aufgrund der finanziellen Lage schwerlich umzusetzen sind. So soll für eine Grundschule in der Innenstadt der Schulhof vergrößert werden. Momentan prangt dort, wo zukünftig Spielmöglichkeiten und Erholungsinselfür Schülerinnen und Schülern sein sollen, noch eine Betonwüste in Form eines Parkplatzes. Die neue Begrenzung ist schon abgesteckt, aber es herrscht Stillstand, weil die benötigten 60.000 Euro fehlen.

Auch der Ausbau der barrierefreien Zugänge innerhalb der Stadt und die behindertengerechten öffentlichen Toiletten, für die Maik Nothnagel schon sehr lange kämpft, fehlen nach wie.“

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

Birgit Klaubert: „Die Predigerkirche in Eisenach bietet auch Raum zum Schmunzeln. An dem Gebäude, welches einst die Elisabeth von Thüringen-Ausstellung beherbergte, befindet sich einer von nur drei Flüsterbögen in ganz Deutschland! Natürlich nutze ich den Moment, um Karin und Katinka eine kleine Botschaft zu flüstern.“

# „Das fällt zum Teil in die Verharmlosungsstrategie“

MdL Frank Kuschel zum Umgang mit einem NSDAP-Maler in Ilmenau

„Bilder mit Braunschleier“ hat eine regionale Tageszeitung kürzlich mit Bezug auf Ilmenau getitelt. Worum geht es?

Es geht um einen ortsansässigen Künstler aus den 1930er und 40er Jahren, der zeitgleich für die NSDAP damals in der Stadtverordnetenversammlung saß, und eines seiner Bilder hängt seit einigen Jahren im Saal des Rathauses.

Sie hatten sich in dieser Sache schon im Jahr 2006 mit einer parlamentarischen Anfrage an die damalige CDU-Landesregierung gewandt? Mit welchem Ergebnis?

2006 sind Bürgerinnen und Bürger auf mich zugekommen und haben mich auf die Bilder, die dort im öffentlichen Raum gezeigt werden in Ilmenau, hingewiesen. Insofern habe ich mich an die Landesregierung gewandt. Wir sind nicht für Bilderstürmerei, diese Bilder gehören zur Regionalgeschichte von Ilmenau, aber die Bürger als auch ich haben da Bedenken, ob diese Bilder unbedingt im Ratssaal gezeigt werden müssen. Die Landesregierung hat die Zuständigkeit dem Stadtrat und dem dortigen Oberbürgermeister Herrn Seeber von der CDU zugeordnet. Das ist richtig so. Bedauerlicherweise hat es kein Umdenken im Ergebnis der parlamentarischen Befassung gegeben.

Von der örtlichen CDU ist Ihnen damals sogar Populismus vorge-

worfen worden. Warum tut sich die CDU mit der Aufarbeitung der Nazi-vergangenheit so schwer?

Da kann ich nur spekulieren, ich bin ja nicht die Ilmenauer CDU. Man muss wissen, zu DDR-Zeiten hing dieses Gemälde, das jetzt im Stadtratssaal hängt, im Speisesaal des VEB IIm-Kristall. Also auch die DDR hat diese Kunst nicht versteckt, aber hat sie an einem Ort gezeigt, wo es auch einen Bezug zu den Motiven gab. Dort wird ja eine Szene aus der Glasindustrie dargestellt. Warum die CDU nun unbedingt diesen Künstler an diesem Ort, würdigt, zeugt offenbar davon, dass die Dimension, die das hat, und die auch zum Teil in die Verharmlosungsstrategie des Nationalsozialismus fällt, offenbar nicht erkannt wurde oder nicht so erkannt werden soll. Im Übrigen, die gleiche CDU hat mit Vehemenz sich dafür eingesetzt, dass Kunst aus DDR-Zeiten im Wesentlichen aus den öffentlichen Räumen verbannt wurde.



Der Maler Alfred Wegwerth, um

den es geht, war NSDAP-Stadtrat in Ilmenau. Was ist konkret über seine dortige Arbeit bekannt, ist bereits etwas bekannt?

Es ist bekannt, ist im Stadtarchiv auch dokumentiert, er war jetzt keine sogenannte Führungspersönlichkeit, aber klar, als Stadtrat für die NSDAP hat er politische Verantwortung, zumindest im regionalen Raum, getragen, also auf kommunaler Ebene. Ich kann es noch einmal betonen, wir als LINKE, da bin ich mir mit dem Stadtverband in Ilmenau einig, wollen nicht, dass seine Kunst in irgendeiner Art und Weise aus dem öffentlichen Raum verbannt wird, aber wir haben Bedenken, dass seine Kunst nun ausgerechnet im Ratssaal des Rathauses gezeigt wird.

Was muss aus Ihrer Sicht jetzt sofort passieren?

Da nun das Bild schon seit längerem dort hängt, haben wir gesagt, es wäre auch nicht gerade hilfreich, es jetzt vom Ort zu entfernen, sondern wir wollen, dass die Kunstwerke des Herrn Wegwerth durch Erläuterungstafeln für den Betrachter auch in diese historische Dimension der Zeit des Nationalsozialismus gerückt werden.

Das Gespräch führte Stefan Wogawa Fassadenbild von Alfred Wegwerth am Faraday-Bau der Technischen Universität Ilmenau. Foto: Michael Sander (Creative Commons Lizenz für freie Kommunikation). ■

## DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

### Unheimlich

Der Fakt verwundert: aus der Bundestagsfraktion der Linkspartei werden sich diametral gegenüberstehende Vorstellungen über die Zukunft des berichtigten deutschen Inlandsgeheimdienstes „Verfassungsschutz“ geäußert. Die Bandbreite der Meinungen wurde durch eine Themenseite im Neuen Deutschland vom 4./5. August deutlich. Während der Innenpolitiker Jan Korte für die Abschaffung des diskreditierten Geheimdienstes eintrat, betonte der Jurist Wolfgang Nescovic dessen Notwendigkeit und ordnete gleich an, dass es überhaupt „nur eine Schlussfolgerung“ gebe, nämlich effiziente Kontrollstrukturen. Nescovics Position ist einigermaßen unverständlich, heißt es doch im Programm der Partei DIE LINKE ganz eindeutig: „Wir wollen die Geheimdienste abschaffen.“

Anstatt diese Programmatik, der Nescovic auch als parteiloser Abgeordneter seinen Wählern gegenüber verpflichtet ist, aktiv umzusetzen, nähert sich der frühere Richter argumentativ Leuten wie CSU-Innenminister Friedrich an. „Ich will die Transparenz gegenüber dem Parlament verstärken und weitere Möglichkeiten schaffen, die Arbeit der Geheimdienste zu begleiten“, hatte der angekündigt. Friedrich will außerdem mehr Kompetenzen für die Aktenvernichter des Kölner Bundesamtes und ihre Landeskollegen wie den „kleinen Adolf“ aus Hessen. Von „größeren, schlagkräftigeren Einheiten“ der Geheimen wird phantasiert.

Nescovic vernebelt nicht nur, er relativiert mit fragwürdigen Vergleichen verantwortungslos die jahrzehntelange Skandalgeschichte des „Verfassungsschutzes“, die im Versagen angesichts der Neonazi-Terrorgruppe NSU kulminierte. Er wolle dem Geheimdienst „die Unheimlichkeit nehmen“, hat Nescovic angekündigt. Ich gebe zu, dass mir auch seine Intentionen unheimlich sind. ■

## IT-Kriminalität

„Die Kapazitäten der Thüringer Gerichte müssen umgehend auf die wachsende Wirtschafts- und IT-Kriminalität eingestellt werden“, forderte MdL Sabine Berninger. Die Linksfraktion hat dazu einen Antrag an den Justizausschuss eingereicht. Es sei auch erforderlich, dass hier mehr ‚Quereinsteiger‘ aus der Wirtschaft und dem Steuerwesen beschäftigt werden. „Denn die Bearbeitung von Fällen aus dem Bereich des Wirtschafts- und IT-Strafrechts verlangt Kenntnisse, die in der üblichen juristischen Ausbildung nicht vermittelt werden.“

Notwendig sei deshalb auch der Ausbau der Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Richter und Staatsanwälte, so z. B. für Kenntnisse in Betriebswirtschaft, Buchhaltung, Bilanztechnik.

Zu klären sei zudem, wie umfangreich Überschneidungen zwischen Wirtschaftsstrafsachen und IT-Kriminalität seien. Daraus müssten dann weitere Schlussfolgerungen für die Gestaltung der Arbeitsstrukturen und -abläufe bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften gezogen werden. ■

## Beratungsstellen vor dem Aus

Vier Schwangerschaftsberatungsstellen in Südthüringen (in Schmalkalden, Bad Salzungen und Eisenach in Trägerschaft der AWO und in Sonneberg in Trägerschaft von Pro Familia) wurde zum Jahresende gekündigt. „Die Finanzierung reicht hinten und vorne nicht, da es keinerlei Kosten für Verwaltungsaufgaben gibt und die schwieriger gewordenen Problemfälle nicht berechnet werden“, so Karola Stange, gleichstellungspolitische Sprecherin der Linksfraktion.

Vor diesem Hintergrund wirkten „die Rückforderungen der Landesregierung an die Beratungsstellen wie ein Brandbeschleuniger zur schnelleren Abwicklung der Beratungsangebote“. Die Schwangerschaftsberatungsstellen müssen 338.000 Euro für die Jahre 2004 bis 2007 zurückzahlen (laut Landesrechnungshof). „Sie brauchen aber das Geld, um tatsächlich arbeiten zu können“, betonte Karola Stange. Die für 2013 neu zu überarbeitende Richtlinie müsse deswegen berücksichtigen, dass viele Frauen mit Familien-, Schulden-, Arbeitslosen- und Lebensproblemen kämen. „Das kann nicht in

einer Beratungsstunde erledigt werden.“ Die LINKE werde deswegen im Gleichstellungsausschuss beantragen, an der Erarbeitung der Richtlinie beteiligt zu werden. „Wir legen Wert darauf, dass soziale Beratungsleistungen nicht mit dem Rechenschieber des Finanzministers zusammengestrichen, sondern den wachsenden Anforderungen gemäß finanziert werden.“ ■

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321  
E-Mail: gloeckner@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.